

6. 7. 1919

Handwritten initials

### Die Kundgebung gegen den Abbau der Volkswehr.

Wien, 5. Juni.

Die Kundgebung gegen den Abbau der Volkswehr, an der auch die kommunistische Partei sowie die Arbeitslosen teilnahmen, ist ohne wesentliche Zwischenfälle verlaufen. An die Versammlung auf dem Botivkirchplatz schloß sich ein Demonstrationzug zum Parlament und die Ueberreichung einer Resolution an den Staatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch. Nachdem die Volkswehr in ihre Wälfaktionen abgerückt war, kam es in der Canovagasse in der Nähe des Quartiers der italienischen Mission zu einer lärmenden Szene, die aber dank dem Eingreifen der Ordner nach kurzer Dauer beigelegt werden konnte.

Für die Beteiligung an der Versammlung vor der Botivkirche, deren Beginn für halb 6 Uhr festgesetzt war, wurde unter den Volkswehrleuten und unter einem Teile der Arbeiterschaft stark agitiert. Große Straßenplakate waren vielfach zu sehen, auf denen gegen den Abbau der Volkswehr Protest erhoben wurde. Die Volkswehr, hieß es dort, sei berufen, die Erregenschaften des Proletariats zu überwinden und kampfbereit hinter der Arbeiterschaft zu stehen. Die Volkswehr bilde die einzige Stütze des Proletariats gegen reaktionäre Bestrebungen und gegen die Bildung Weißer Garden. Der Schluß lautete: „Arbeiter, Genossen! Erkennt die Gefahr! Noch sind die Waffen in unserer Hand, die wir ergriffen haben, um für den Sozialismus einzutreten. Arbeiter, hört! In letzter Stunde ergeht an Euch der Ruf: Schließt Euch zusammen, demonstriert mit uns für unsere heiligsten Rechte und für unsere gemeinsame proletarische Losung: Keinen Abbau der Volkswehr! Entwaffnung der Weißer Garden! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe der Sozialismus! Vorwärts zum Siege!“ Auf den Plakaten war auch die Mahnung zu lesen, daß bei dieser Demonstration Ruhe zu bewahren sei, Störer und Provokateure sollten entfernt werden.

Auf dem Botivkirchplatz war bereits um die fünfte Nachmittagsstunde ein überaus starker Andrang Neugieriger zu beobachten. Dann begann der Aufmarsch der Volkswehr sowie das Zurückerweichen der Arbeitslosen. Die Volkswehrmannschaft war ohne Gewehre gekohimten, nur jene Abteilungen, denen die Absperrung des Platzes oblag, waren bewaffnet. Um den Aufstellungsplatz wurde ein Storden gezogen. Auf der einen Seite standen die Volkswehrkompanien mit roter Fahne, während auf der anderen Seite ihnen gegenüber die Arbeitslosen und Kommunisten mit Fahnen und Standarten aufgestellt waren. Man las unter anderem die Aufschriften: „Brot und Arbeit!“, „Durch Kampf zum Sieg!“, „Nieder mit dem Kapitalismus!“, „Hoche die Internationale!“, „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen!“, „Nieder mit der Weißer Garde!“, „Alle Macht den Arbeitern, Soldaten- und Bauernräten!“ Außerdem ließ die kommunistische Partei eine Flugchrift verteilen, die den Titel trug: „Ein offenes Wort an alle sozialdemokratischen Arbeiter!“ Unter heftigen Angriffen gegen die sozialdemokratischen Führer wurde in dieser Flugchrift gegen die Verhaftung von Mitgliedern der kommunistischen Partei Einsprüche erhoben.

Auf dem Platze vor der Botivkirche hatte auch die Volkswehr musikalische Auffstellung genommen, welche die ankommendenzüge mit Märschen begrüßte. Unmittelbar vor 6 Uhr wurden die Marschläufe und das Lied der Arbeit gespielt und von der Menge mit entblößtem Haupt angehört. Dann wurde um die sechste Nachmittagsstunde der Ruf „Habt Acht!“ geblasen.

#### Die Versammlung auf dem Botivkirchplatz.

Nach Eröffnung der Versammlung sprachen auf der Stiehetreppe an mehreren Stellen Redner, und zwar sowohl solche vom revolutionären Soldatenkomitee als auch Anhänger der kommunistischen Partei.

Soldatenrat Gruber erklärte es als den Zweck der heutigen Demonstration, daß der Regierung der feste Wille der Volkswehr gezeigt werde, sich nicht entwaffnen zu lassen. Die Demonstration solle eine ruhige, aber würdige Kundgebung gegen den Kapitalismus sein. Elemente, die stören wollen, würden rücksichtslos entfernt werden.

Kommunistenführer Tomann führte aus, daß das Proletariat von Wien sich nicht der Ententebourgeoisie zu fügen gedenke. Wir fordern die Abrüstung der Weißer Garden. Wir brauchen keinen Schutz gegen das ungarische Proletariat. Wir wollen uns der Bewegung der internationalen Volkswehrrevolution anschließen.

Melcher betonte, daß das Proletariat dem Rufe der Volkswehr gern und freudig Folge geleistet habe. Man müsse der Reaktion ein letztes und entschiedenes „Zurück!“ entgegenrufen.

Hierauf gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: „Die demonstrierende Volkswehr und die Arbeiterschaft von Wien betrachtet die Forderung nach dem Abbau der Volkswehr als einen reaktionären Anschlag auf das Proletariat und nimmt deshalb den Ausschub des Abbaues bis zum 15. Juni nicht zur Kenntnis, dagegen fordert sie die sofortige Aufhebung der als Weiße Garden zu behandelnden Offiziersbataillone sowie die sofortige Zurückziehung des Grenzschutzes gegen Ungarn. Das deutschösterreichische Proletariat bedarf keines Schutzes gegenüber seinen ungarischen Brüdern, wohl aber eines Schutzes gegenüber seiner eigenen Bourgeoisie. Zu diesem Schutz sind die Volkswehr, die roten Soldaten berufen, die als Sturmtruppen mit den Waffen siegreich die Sache der Revolution zu Ende führen werden.“

#### Der Demonstrationzug zum Parlament.

Nachdem wieder die Marschläufe gespielt worden war, setzte sich der Demonstrationzug zum Parlamentsgebäude in Bewegung. Der Zug ging über die Universitätsstraße, an der Universität und dem Burgtheater vorbei. Die Alleen waren von Neugierigen gefüllt. Beim Parlament brach die mitmarschierende Kapelle den Defiliermarsch plötzlich ab, machte Front und spielte abermals die Marschläufe und das „Lied der Arbeit“. Beim Abmarsch schwenkte sie zur Dellariastraße ein, doch war die Tete des Zuges schon den Ring hinab, und diesen Teile folgten gegen die ursprüngliche Ansage auch weitere Gruppen, die in Internallen auf den Schwarzenbergplatz marschierten.

#### Der Empfang der Deputation im Parlament.

Ueber den Empfang der Deputation im Parlament durch die Staatssekretäre Dr. Bratusch und Dr. Deutsch und

Unterstaatssekretär Dr. Waiz wird durch die „Deutschösterreichische Staatskorrespondenz“ nachstehender Bericht ausgegeben:

Der Sprecher der Deputation, Tomann, erklärte namens der Demonstranten, daß die Proletarier sich unbedingt gegen den Abbau der Volkswehr stellen müssen, weil das Heer der Arbeitslosen dadurch vergrößert, die Reaktion gestärkt und die Revolution des Proletariats geschädigt werde, eine Gefahr, die durch die Bildung einer Weißer Garde in der Form der Einteilung von Offizieren in die Gendarmerie, durch Vermehrung der Polizei und der Bahngendarmerie vergrößert werde. Die Forderung der Entente nach dem Abbau gehe aus dem Bestreben der Kapitalisten hervor, über das Proletariat zu herrschen. Redner protestiert sodann entschieden gegen die Verfolgungen der kommunistischen Partei in Wien, Graz und der Steiermark überhaupt und erklärt, daß die Kommunisten, wenn nicht Abhilfe dagegen durch die Regierung geschaffen werde, auch ihre Politik danach einrichten müßten. Schließlich überreichte er die in der Versammlung beschlossene Resolution:

Staatssekretär Dr. Deutsch erwiderte darauf: Die Kundgebung eines Teiles der Volkswehr und der Arbeiterschaft gegen den Abbau der Volkswehr ist menschlich durchaus begreiflich. Bei der traurigen wirtschaftlichen Lage, in der sich der Staat Deutschösterreich befindet, bedeutet die Entlassung eines jeden Volkswehrmannes für ihn die Gefährdung seiner hargen wirtschaftlichen Existenz. Ich fühle mit jedem, den dieses Schicksal trifft, mit und möchte, wenn es nach mir ginge, von Herzen gern jedem helfen. Leider kann ich das nicht in dem Maße, als ich es wünsche. Sie wissen, daß ich mich seit Monaten bemühe, die Entente von der Forderung auf Abbau der Volkswehr abzubringen. Meine Bemühungen konnten leider nicht mehr erreichen als einen Aufschub. Den letzten Aufschub für den ersten Abbaetermin habe ich auf eigene Verantwortung vom 1. bis 15. Juni verfügt. Ich habe nach der diesbezüglichen Unterbrechung mit dem General Segre an ihn eine Zuschrift gerichtet, in der ich in Ergänzung der Besprechung vom 30. Mai um die Zustimmung zum verlangten Abbau der Volkswehr ersuchte, um sowohl den verschiedenen Bedürfnissen der Länder wie der Erregung der Massen insoferne der politischen Lage Rechnung zu tragen. Das wiederholt erzielene Entgegenkommen der italienischen Waffenstillstandskommission erlaubt mir hierbei die Hoffnung auszusprechen, daß alle Maßregeln, die zur Vermeidung unliebsamer Zwischenfälle und gewalttätiger Konflikte beitragen, das volle Verständnis der Waffenstillstandskommission finden werden.

#### Bestehen der Entente auf dem Abbau der Volkswehr.

Darauf kam heute folgende Antwort: „In sofortiger Beantwortung Ihrer geschätzten Note vom 1. Juni beziehe ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich den von Euer Hochwohlgeboren geäußerten Wunsch um Verlegung des Termins zur ersten Herabsetzung des Standes der gegenwärtigen bewaffneten Macht Deutschösterreichs bereitwilligst meinem Armeoberkommando übermitteln werde. Ich bin gewiß, daß mein Kommando, welches die politische und wirtschaftliche Lage der Republik stets in weitestgehender Weise berücksichtigt, der Verlegung des Termins zustimmen wird, so daß auf diese Weise der vorgeschriebene Termin zur Herabsetzung eines Viertels des Volkswehrstandes auf den 15. Juni verschoben wird.“

Es ist selbstverständlich, daß dieses Zugeständnis die anderen, in der Note Z. 1133 des Staatsamtes festgesetzten Termine, die unverändert bleiben, nicht berührt.

Zur besonderen Bestriedigung, Herr Staatssekretär, gereicht es mir, diese Gelegenheit wahrzunehmen, Sie neuerlich meiner Gefühle der Hochachtung zu versichern. Der Generalmajor und Chef der Mission: Roberte Segre m. p.“

Sie sehen also, daß die Entente auf ihrer Forderung nach dem Abbau der Volkswehr besteht. Es bleibt uns also gar nichts übrig, als ihn durchzuführen, wollen wir nicht in einen Konflikt mit der Entente geraten, den durchzuführen wir nicht stark genug sind.

Wenn ich aber Ihre heutige Demonstration richtig verstehe, so richtet sie sich nicht allein gegen den Abbau der Volkswehr, sondern gegen die ganze Behandlung Deutschösterreichs durch die Entente. Der Friedensvertrag, der unseren Delegierten in Saint-Germain vorgelegt wurde und dessen Ergänzungen auf militärischem Gebiete wir erwarten, bedeutet die restlose Zerstörung unseres Eigenlebens. Man will uns nicht allein militärisch, sondern auch wirtschaftlich so ohnmächtig machen, daß wir zum Spielball jedes feindseligen Nachbarn werden. Ihre Kundgebung ist ein Protest gegen den Versuch, ein kleines, tüchtiges Volk um seine Lebensmöglichkeit zu bringen. Wir wollen nicht mehr, als daß man uns leben läßt: Ein freies Volk auf freiem Grund. So wie uns jetzt die Entente behandelt, können wir nicht leben; wir müssen zugrundegehen. In dieser schweren Stunde erheben wir warnend unsere Stimme und sagen denen, die das Verderben über uns verhängen wollen, daß unser Untergang auch ihnen kein Gedeihen bringen kann und wird.

Wir hoffen auf die Proletarier jenseits der Grenzen. Mögen sie in treuer sozialistischer Pflichterfüllung einem unglücklichen Volke helfen. Sie werden damit bekunden, daß allein im internationalen Proletariat die Zukunft der Menschheit liegt.

Wir aber, die Arbeiter Deutschösterreichs, wollen in den kommenden Tagen die Einigkeit der proletarischen Front aufrechterhalten und wollen gemeinsam versuchen, die schweren Tage zu ertragen, um einer besseren Zukunft entgegenzugehen. Darin sind wir, glaube ich, eines Sinnes, daß nur in der Einigkeit des Proletariats die Bürgschaft für eine bessere Zukunft liegt.

Der Staatssekretär weist schließlich die Behauptung über das Bestehen weißer Garden zurück und konstatiert, daß an der Grenze nur Einzelposten bestehen. Was die angeblichen Verfolgungen der Kommunisten anlangt, möchte er nachdrücklich hervorheben, daß in einer Republik, in der Sozialdemokraten etwas mitzureden haben, niemand vogelfrei sein darf, wie von einer Seite behauptet wurde. Den Anspruch auf politische gleiche Rechte habe jeder Bürger, auch der politische Gegner.

Soldatenrat Gruber protestiert gegen die Verhaftung von Mitgliedern der kommunistischen Partei und führt einzelne Fälle an.

Staatssekretär Dr. Deutsch gibt die Versicherung, daß die Staatsregierung jeden einzelnen Fall auf das sorgfältigste prüfen werde.

Handwritten notes in the right margin, including words like 'sich', 'un-', 'sich', 'daß', 'unz', 'er', 'ste', 'des', 'An-', 'aals-', 'elbst-', 'offen', 'er an', 'der', 'sicht', 'daß', 'der', 'ite r', 'da', 'hten', 'gegen', 'willt', 'men', 'teutet', 'listen', 'Brot-', 'läßt', 'riats', 'ierung', 'des', 'rieden', 'er', 'der', 'un-', 'rüd-', 'lieni-', 'zum', 'vache', 'n de', 'tion', 'des', 'sich', 'es', 'enge', 'eten', 'ab', 'ins', 'nen', 'Ge-', 'cks-', 'Für', 'alter', 'eine', 'nten', 'ein-', 'zur', 'Oper', 'tion', 'ent-', 'Gae', 'may', 'bge-', 'ziere', 'von-', 'vor-